

Medienmitteilung

Thema	Parole zu den Abstimmungen vom 24.09.2017
Für Rückfragen	Georg Aemissegger, 079 300 46 40 oder 044 350 46 40
Absender	Grünliberale Partei Solothurn, Postfach 353, 4501 Solothurn E-Mail so@grunliberale.ch , www.so.grunliberale.ch
Datum	12.09.17

GLP-Parolen: 82% Ja-Stimmen für die Altersvorsorge 2020!

Die Mitglieder der Grünliberalen haben per eVoting die Abstimmungsparolen zur Abstimmung vom 24. September 2017 festgelegt. Für die Doppelvorlage „Altersvorsorge 2020“ wird mit überwältigenden 82% die Ja-Parole herausgegeben. Eine knappe Ja-Parole erhält die kantonale Vorlage zur „Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung“, während für den „Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit“ eine Stimmfreigabe beschlossen wurde.

Durch den viel zu hohen obligatorischen Umwandlungssatz von 6.8% wird der gesamten arbeitenden Bevölkerung seit Jahren viel Geld aus ihrer persönlichen Vorsorge-Tasche gezogen. Zugunsten einer Übervorteilung der aktuellen Rentner. Heutige Rentner erhalten viel mehr Geld als sie je einbezahlt haben und als die Versicherungen heute je erwirtschaften könnten. Dieser „Rentenklaue“ muss jetzt endlich aufhören. Auch wenn wir Grünliberalen einiges in der „Altersvorsorge 2020“ anders gestaltet hätten (z.B. einen der jeweiligen Wirtschaftslage angepassten flexiblen Umwandlungssatz anwenden würden), so muss dieser erste Schritt hin zu einer gerechten und bezahlbaren Rente *jetzt* gemacht werden. Seit 20 Jahren haben sich die politischen Links- und Rechtslager gegenseitig blockiert. Es ist jetzt am Stimmbürger, trotz der gehäuften Märchengeschichten in den Medien ein klares Ja für die beiden Vorlagen der „Altersvorsorge 2020“ einzulegen.

Der „Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit“ wird von den meisten glp-Mitglieder als sehr unklarer und damit unnötiger zusätzlicher Verfassungstext gesehen. Befürworter hoffen auf eine Umsetzung in Richtung verstärkter ökologischer landwirtschaftlicher Nahrungsmittelproduktion, während Gegner weitere Subventionsforderungen seitens der Landwirtschaftsverbände befürchten. Entsprechend wurde Stimmfreigabe beschlossen.

Ein eher knappes Ja gab es für die „Interkantonale Vereinbarung über die Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung“. Die Befürworter sehen die gütliche kantonale Vereinbarung über den bereits gesprochenen Geldbetrag im Vordergrund.